

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung vom 12. November 2020, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

#### Anwesend

##### Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter  
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger (ab 18.10 Uhr, während Traktandum 2), Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Eveline Salzmann (ab 17.30 Uhr, während Traktandum 2), Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter (ab 17.30 Uhr, während Traktandum 2), Franz Schori, Nina Siegenthaler (bis 20.45 Uhr, während Traktandum 6), Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg

##### Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

##### Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

##### Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder  
Protokollantin Tanja Aebersold

##### Entschuldigt

Stadtrat Thomas Rosenberg

##### Schluss der Sitzung

21:25 Uhr

**Die Stadtratspräsidentin** begrüsst zur Stadtratssitzung. Besonders begrüsst sie die anwesenden Schülerinnen und Schüler des Politikurses vom Gymnasium Thun.

Altstadtratspräsident Emil Hollenweger ist am 22. Oktober 2020 verstorben. Er war 1976 Stadtratspräsident und insgesamt 22 Jahre Mitglied des Stadtrats. Der Rat gedenkt in einer Schweigeminute dem Verstorebenen. Den Angehörigen spricht **die Stadtratspräsidentin** ihr aufrichtiges Beileid.

Weiter informiert die Stadtratspräsidentin, dass das Geschäft «Schulkommission, Ersatzwahl» von der Traktandenliste gestrichen wurde. Die korrigierte Traktandenliste liegt auf.

**Der Rat** genehmigt die neue Traktandenliste stillschweigend.

## 115. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. November 2020

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

## 116. Budget 2021

### Genehmigung

#### Eintretensdebatte Budget 2021 (inkl. Aufgaben- und Finanzplan 2021 – 2024)

**Die Stadtratspräsidentin** übergibt die Leitung der Traktanden Budget 2021 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2021 – 2024 an den ersten Vizepräsidenten des Stadtrats, Roman Gugger, da sie als Präsidentin der Budget- und Rechnungskommission (BRK) bei der Beratung sprechen will.

**Der erste Vizepräsident des Stadtrats** übernimmt die Sitzungsleitung.

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** hatte letztes Jahr mehr Freude, das Budget zu präsentieren. Dies war aber zu erwarten. Die aktuelle Zeit ist für die Menschen aber auch für den städtischen Finanzhaushalt herausfordernd. Die Pandemie hinterlässt deutliche Spuren im Budget. Der Gemeinderat legt das erste Mal seit zwölf Jahren ein Defizit in der Höhe von 15.7 Mio. Franken. Hauptgründe für das prognostizierte Defizit sind die Erwartung der tieferen Steuereinnahmen und höhere Beiträge in die Lastenausgleichssysteme, welche zusammen schon 10.1 Mio. Franken ausmachen. Weitere 1.7 Mio. Franken sind Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Beides sind nicht beeinflussbare Posten. Der Gemeinderat hätte kosmetisch eingreifen können mit einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung. Er hat bewusst darauf verzichtet, behält sich eine solche Massnahme bei Rechnungsabschluss aber vor. Eine weitere Besonderheit des Budgets ist das historische Investitionsvolumen. 33.4 Mio. Franken sind dafür vorgesehen. Auch beim baulichen Unterhalt liegt der vorgesehene Betrag mit 15.7 Mio. Franken über dem langjährigen Mittel. Dass hier die Selbstfinanzierung leidet, darf nicht überraschen und bedingt deshalb eine Fremdfinanzierung. Diese ist vertretbar, weil ein Gegenwert von sanierten Liegenschaften erzielt wird und es dient auch dem Erreichen der Klimaziele. In der Vergangenheit konnten Schulden abgebaut werden, womit die Stadt keine Nettoverschuldung aufweist. Zudem wurde ein Stellenmoratorium beschlossen. Der Finanzhaushalt soll zum heutigen Zeitpunkt nicht zusätzlich mit neuen wiederkehrenden Auslagen belastet werden. In der letzten Budgetsitzung wurden 20 Stellen beantragt, welchen der Stadtrat zustimmte. Eigentlich waren 26 Stellen vorgesehen gewesen. Diese sechs Stellen fehlen auch heute. Der Gemeinderat ist aber der Ansicht, dass die erforderliche Flexibilität benötigt wird, weshalb die Stellen nicht geschaffen werden. Die Verwaltung ist gefordert, verschiedene Varianten zu erarbeiten. Die Zeit soll genutzt werden, diese zu prüfen, damit im nächsten Jahr die richtigen Entscheidungen gefällt werden können. Der

Gemeinderat hat den Abteilungen die Budgetvorgabe von Null-Wachstum erteilt. Dies war auch schon letztes Jahr so. Die Situation wurde aber dieses Jahr verschärft. Im Rahmen des Budgetprozesses zeigte sich, dass drei Abteilungen und ein Fachbereich die Vorgaben nicht einhalten. Es wurden diesbezügliche Gespräche geführt und mögliche Lösungen gesucht. Alle Abteilungen konnten Lösungen finden und die Vorgaben konnten eingehalten werden, beispielsweise durch das Globalbudget oder den Bonus/Malus. Auch beim Amt für Bildung und Sport wurden diese Gespräche geführt. Der Vorschlag war aber nicht mehrheitsfähig. Damit eine Gleichbehandlung erfolgt, war der Gemeinderat gefordert. Er wollte nicht in das operative Geschäft eingreifen, sondern es wurde eine lineare Kürzung vorgenommen. Es handelt sich um eine technische Umsetzung. Der betroffene Abteilungsleiter ist im Rahmen des Globalbudgets frei, innerhalb der Produktgruppen die Ausgaben zu steuern. Der Gemeinderat will nicht, dass bewährte Angebote abgeschafft werden. Deshalb lehnt der Gemeinderat die vorliegenden Anträge zum Budget ab und empfiehlt dem Stadtrat das Budget 2020 wie beantragt zu genehmigen.

Daniela Huber Notter, **Präsidentin BRK**, führt aus, dass das Budget Aufwendungen von 303.9 Mio. Franken und Erträge von 288.2 Millionen Franken beinhaltet. Das Budget basiert auf einer unveränderten Steueranlage von 1.72 Einheiten. Die Liegenschaftssteuer ist unverändert bei 1.2 Promille des amtlichen Wertes. Die Stadt Thun war in den letzten Jahren verwöhnt gewesen. Nun liegt erstmals seit 12 Jahren ein Defizit vor. Mehr als 10 Mio. Franken können nicht beeinflusst werden. Im Jahr 2021 wird mit weniger Steuererträgen gerechnet und die Stadt Thun wird mehr Mittel im Lastenausgleich bereitstellen müssen. Auch die grosse Investitionstätigkeit der Stadt in der Höhe von 33.4 Mio. Franken belastet das Budget. Ebenfalls ist der bauliche Unterhalt von rund 11 % mehr als der langjährige Durchschnitt nicht ausser Acht zu lassen. Dieser ist aber notwendig, damit langfristige Wertverluste verhindert werden können. Die Zurückstellung von Bauprojekten würde einen Mehraufwand generieren, was vermieden werden soll. Vorläufig wurde auch auf eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung verzichtet, wobei sich der Gemeinderat dies vorbehält. Die gesetzlichen Vorschriften des Kantons Bern lassen den Gemeinden nicht viel Spielraum. Gemeinden, welche den Haushalt mittelfristig nicht im Gleichgewicht halten können, wird kaum Entscheidungsspielraum gelassen. Die kantonale Aufsicht verfügt über wirkungsvolle Problemerkennungsinstrumente und kann eingreifen, wenn ein Finanzhaushalt einer Gemeinde aus dem Ruder laufen sollte. Dies ist in Thun noch lange nicht zu befürchten. Ein Stellenmoratorium wurde auf unbestimmte Zeit geplant. Dem Aufgaben- und Finanzplan 2021 – 2024 kann auch entnommen werden, dass sich der Finanzierungsfehlbetrag auf 42.9 Mio. Franken anhäufen wird. Dies wird zwangsläufig zu einer neuen Verschuldung führen. Die Pandemie führt zu einer grossen Unsicherheit, welche zeitlich nicht terminiert ist. Auch die Entscheidungen im Stadtrat haben Auswirkungen – Stichwort Mokka. An der BRK-Sitzung sind zwei Anträge gestellt worden. Der erste betrifft die Direktion P + StE. 101'000 Franken sollen aus dem Budget gestrichen werden, welche für den Wasserzauber vorgesehen sind. Dieser Antrag wurde mit vier zu fünf Stimmen nicht angenommen. Der zweite Antrag betrifft die Direktion BiSK. Der Betrag von 144'000 Franken, Globalkürzung ABS aufgrund Mokka-Beitrag gemäss Stadtratssitzung vom Dezember 2019, ist im Budget 2021 einzustellen und damit ist der Aufwandüberschuss um diesen Betrag zu erhöhen. Dieser Antrag wurde mit fünf zu vier Stimmen angenommen. Die BRK stellt den Antrag, auf die Globalkürzung ABS zu verzichten und das budgetierte Gesamtdefizit von 15.7 Mio. Franken um 144'000 Franken zu erhöhen. Zudem hat die BRK den Aufgaben und Finanzplan 2021 – 2024 zur Kenntnis genommen.

Daniela Huber Notter, **Fraktion glp/BDP**, erörtert, dass Covid-19 der Auslöser für das budgetierte Defizit ist. Der Gemeinderat und die gesamte Verwaltung werden im Jahr 2021 sehr gefordert sein. Es ist unklar, wie sich die Pandemie entwickeln wird, ob die Arbeitslosigkeit steigen wird und ob eine Konkurswelle droht. Auch der Stadtrat ist gefordert und er sollte seine Ausgabendisziplin in Grenzen halten. Die Beschlüsse des Stadtrates haben oft direkte Kostenfolgen auf die städtischen Finanzen. Die Bugwelle von Investitionen muss weiterrollen. Ein Aufschub würde zu Mehrkosten führen. Die Budgetdetails sind minutiös lesbar, sodass fast nur die Anträge der BRK zu Diskussionen Anlass gaben. Die Fraktion wird den Antrag 2 nicht einstimmig beantworten. Die Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan 2021-2024 zur Kenntnis genommen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass Thun wie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften ein grosses Defizit aufweist. Es ist richtig, diese Zahl nicht durch eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung in eine rote Null zu ändern. Die Stadt Thun hat wenig Erfahrung mit einem solchen Budget und sie wird diese nun schmerzhaft sammeln. Die Wirtschaftskrise lässt Steuererträge sinken und die Zahlungen an das Lastenausgleichssystem werden steigen. Die Krise trifft die Stadt Thun in einer Zeit, in der sie viel investieren will. Der Selbstfinanzierungsgrad schmerzt noch mehr als früher. Die Neuverschuldung steigt an. Die Investitionstätigkeit ist für die Stadtentwicklung und den Wirtschaftsraum wichtig. Diese kann und soll nicht beliebig gedrosselt werden. Die finanzielle Lage von Thun ist vergleichsweise solide und gut. Das erste Defizit kann einigermassen verschmerzt werden. Über die Zukunft muss man sich grundsätzliche Gedanken machen. Diese fehlen im aktuellen Budget und im Aufgaben- und Finanzplan. Es müssen Priorisierungen gemacht werden, welche der Gemeinderat nicht offenbart. Bei dem befürchteten wirtschaftlichen Rückgang wird er sich mehr in die Karten blicken lassen müssen. Das beschlossene Stellenmoratorium wird im Endergebnis nicht viel bewirken. Der Personalaufwand wird in Sachaufwand umgewandelt. Die Transparenz, aber nicht Geld, wird eingespart. Es ist fraglich, wie sinnvoll es ist, Aufträge extern zu vergeben und nicht in eigenes kompetentes Personal zu investieren. Für das Jahr 2021 mag das Vorgehen noch angehen, für die Zukunft wird auf andere Lösungen gehofft. Für die Fraktion ist bedauerlich, wie die Pandemie die Klimaerwärmung aus der Politik verdrängt, obwohl diese viel mehr Schaden anrichten kann. Thun muss und soll weiterhin in dem Bereich aktiv und wach bleiben und eher mehr als weniger machen. Die längst beschlossenen Agglomerationsverkehrsmaßnahmen, welche vom Bund mitunterstützt werden, sollen prioritär in Angriff genommen werden. Die in Aussicht gestellten Gelder des Bundes sollen in Anspruch genommen werden. Der Wasserzauber ist mit 101'000 Franken im Budget eingestellt. Die Zeit ist nicht reif für ein Projekt, das mit vielen Unsicherheiten behaftet ist und in einer Zeit, in der die Wirtschaft und Angebote der Kultur gefährdet sind. In nächster Zeit müssen insbesondere Wirtschaftserhaltung und -stützung betrieben werden. Diverse Anlässe sind im Bestand gefährdet und müssen erhalten werden. Die finanziellen Mittel müssen gebündelt und fokussiert werden. Deshalb wurde der vorliegende Kürzungsantrag gestellt. Das Budget 2021 sei bei der Direktion P + StE im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderungsprojekte um 101'000 Franken zu kürzen und damit das Gesamtergebnis um 101'000 Franken zu verbessern. Auch wenn es offene formelle Fragen gibt, ist die Fraktion einverstanden, dass der eingesparte Betrag von 101'000 Franken der Direktion BiSK zugewiesen wird. Somit kann der fehlende Betrag von 43'000.00 Franken in der BiSK belassen werden. Die Fraktion wird dem Budget grundsätzlich zustimmen und wird den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

**Jonas Baumann-Fuchs (EVP)** erläutert und präzisiert seinen Antrag, wonach eine Einsparung von 43'000 Franken bei der Direktion BiSK proportional auf dem steuerbaren Aufwand erfolgen sollen, sofern die Anträge der BRK und der Fraktion Grüne/JG angenommen werden. Werden diese nicht angenommen, zieht er den Antrag zurück. Mit der Arbeit des Gemeinderates ist er trotz Erklärungen nicht einverstanden. Ihm fehlt konkret die Umsetzung bezüglich dem Auftrag Mokka. Dannzumal wurde festgehalten, dass für das Mokka nicht die Bildung hinhalten soll. Es ist ein Kulturangebot und kein Jugendpräventionsprogramm. Er hofft, dass das Problem betreffend Mokka wie bei anderen Thuner Kulturanbietern über einen Leistungsvertrag mit der Kulturabteilung gelöst werden kann. Heute besteht die Gefahr, dass für viele Anträge keine Mehrheiten gefunden werden können. Sein Antrag soll eine Kompromisslösung sein. Wenn man der Streichung des Wasserzaubers und dem Nicht-Sparen in der Bildung zustimmt, dann soll der Restbetrag nicht addiert werden. Dieser Betrag soll in der Direktion BiSK eingespart werden. In der BiSK soll dieser proportional auf den steuerbaren Aufwand aufgeteilt werden. In der Bildung soll nicht gespart werden aber das Budget soll auch nicht ein noch grösseres Defizit ausweisen. Er beantragt bereits jetzt einen Sitzungsunterbruch vor der Abstimmung. Er bittet den Gemeinderat, die Kulturabteilung entsprechend auszustatten, damit die Mittel vorhanden sind, wenn das Mokka ab dem Jahr 2022 vollständig der dieser Abteilung angelastet wird.

Valentin Borter, **Fraktion SVP**, beschränkt sich in seinem Votum auf das allgemeine Budget. Die Steuereinnahmen werden sinken, die Arbeitslosigkeit wird steigen und in vielen Bereichen wird durch die Einschränkungen des Bundes und des Kantons ein grosses Loch entstehen. Das Budget ist als Warnsignal zu

sehen und die Ausgaben müssen künftig noch mehr priorisiert werden. Pragmatische Lösungen müssen gefunden werden. Es soll dort agiert werden, wo als Gemeinde etwas bewirkt werden kann. Nur so kann in den nächsten Jahren ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden. Die Schulden sind die Steuern von morgen. Dringend zu verhindern sind Steuererhöhungen. Die KMU haben es schon heute schwer, im Kanton Bern wettbewerbsfähig zu sein. Es wäre vielleicht an der Zeit, über eine Aufgaben- und Verzichtsplanung nachzudenken. Absolut notwendig ist, dass ein Stellenmoratorium gilt. Dies ist auch in der Privatwirtschaft der Fall. Am härtesten trifft es die, die um ihren Job bangen, weil die Wirtschaft vielerorts am Boden ist. Die Fraktion nimmt das Budget ohne Freude an und nimmt Kenntnis vom Aufgaben- und Finanzplan.

**Barbara Lehmann Rickli (FDP)** hat den Aufwandüberschuss von 15.7 Mio. Franken mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Die Selbstfinanzierung ist bei weitem nicht eingehalten. Die Nettoinvestitionen sind um 67 % überschritten. Positiv ist, dass ein aufgeschobener Investitionsstau abgebaut wird. Der Bruttoverschuldungsanteil könnte tiefer ausfallen, ist aber zufriedenstellend. Ein Anstieg der Verschuldung für die geplanten Investitionen ist erträglich. Betreffend Thuner Kulturinstitutionen ist klar, dass gerade mit Hilfe des Stadtrates entsprechende Leistungsverträge abgeschlossen worden sind. Für die Zukunft sollte man sich überlegen, ob sich die Höhe des Beitrages an das Kunstmuseum gegenüber anderen Institutionen wie der Stiftung Schloss Thun rechtfertigt. Auffällig ist, dass Kosten ansteigen, weil diese durch Private nicht übernommen werden können wie die Kosten für Bestattungen. Die Bereitstellung von guten Rahmenbedingungen für gute Steuerzahler muss oberste Priorität haben. Erfreut konnte zur Kenntnis genommen werden, dass beim Personal Kosten über ein Stellenmoratorium gesenkt werden. Es wird versichert, dass die Aufgaben im gleichen Rahmen erfüllt werden können. Die Aufwendungen sollen über den Sachaufwand verbucht werden. Der budgetierte Sachaufwand ist jedoch tiefer als für das Jahr 2020. Demnach wird bei der Aufgabenerfüllung doch gespart. Es lässt sich kaum erkennen, wo und wie gespart wird. Schlussendlich wird mehr ausgegeben als eingenommen, dies auch mit Hilfe des Stadtrates. Damit nicht eine allseits unerwünschte Steuererhöhung in Erwägung gezogen werden muss, sind die Aufgaben gemäss dem Aufgaben- und Finanzplan sinnvoll zu priorisieren. Möchte man den Steuersatz gar senken, was nötig wäre, um ihn dem Ansatz im Kanton Bern anzugleichen, wären dringend weitere Einsparungen nötig. Es ist feststellbar, dass sich ein grosser Teil der Mehrkosten aus Finanz- und Lastenausgleich ergibt, welche kaum zu beeinflussen sind. Die FDP wird das Budget mit gemischten Gefühlen annehmen und den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

**Katharina Ali-Oesch, SP-Fraktion**, erläutert, dass sich in diesem Jahr vieles verändert hat. Die Pandemie zeigt auf, wie fragil unser komplexes System ist. Die zentrale globale Herausforderung bleibt aber die Klimakrise. Bei allen Entscheidungen muss die Existenz von Personen und Umwelt in das Zentrum gestellt werden. Die Corona-Krise zeigt deutlich, dass der Staat für uns alle von allergrösster Bedeutung ist. Er funktioniert grösstenteils. Dank den Sozialwerken sollte niemand in Existenznöte geraten. Trotzdem leben mehr Leute in unserem Land an der Armutsgrenze, als man dies erwarten könnte. Für ein so reiches Land ist der Streit um Geld ein Armutszeugnis. Werden Menschen unterstützt und wertgeschätzt, so verhalten sie sich solidarisch gegenüber der Gesellschaft. Besondere Zeiten erfordern besondere Massnahmen. Es muss kreativer in der Geld- und Finanzpolitik agiert werden. Es ist nicht zu verantworten, Altbundesrat Blocher 1.1 Mio. Franken an Rente auszubezahlen und das Pflegepersonal nur mit Applaus abzuspeisen. Der Markt wird die Schwachen nie schützen. Es braucht den Staat, der den sozialen Ausgleich erzielen kann. Die Fraktion erachtet das budgetierte Defizit als tragbar für dieses ausserordentliche Jahr. Ein vorläufiger Anstieg der Schulden kann verkräftet werden. In den kommenden Jahren wird sich die Stadt mit einem angespannten Finanzhaushalt auseinandersetzen müssen. Sie fragt den Gemeinderat, ob dieser seine finanzpolitischen Ziele mit dem aktuellen Kenntnisstand rund um die zweite Welle von Covid-19 anpassen würde, wenn er diese Ziele nicht schon im August, sondern heute verabschieden würde. Zudem interessiert sie, wie er sich die längerfristige Ausrichtung der Thuner Finanzpolitik vorstellt. Die Ziele sind denn im Aufgaben- und Finanzplan mit denjenigen von 2020 identisch. Ein Null-Wachstum und ein Stellenmoratorium stellen eine kurzfristige Sicht dar. Der zusätzliche Personalaufwand wird im Jahr 2021 als Sachaufwand budgetiert. Dies erachtet die Fraktion als sehr problematisch und sie wird dies nur für ein

Jahr dulden. Die Stadt Thun soll eine faire und zuverlässige Arbeitgeberin sein und bleiben. Die Zukunftschancen für die Jungen müssen prioritär behandelt werden. Bestmögliche Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen sind der Schlüssel zum Erfolg und muss vom Staat garantiert werden. Es sollen keine Sparmassnahmen bei der Bildung und der Familie erfolgen. Gefordert wird absolute Transparenz und Verantwortung bei Finanzentscheiden durch die Thuner Regierung. Der Gemeinderat beschloss im Jahr 2019 den Sparauftrag Mokka. Er sagt nicht, wo er die 144'000 Franken sparen will, delegiert an die Finanzverwaltung, welche linear im ABS kürzt, und zwar in allen vier Produktgruppen. Vorläufiges Resultat ist, dass keine einzige konkrete Sparmassnahme genannt werden konnte, obwohl diese schon für April in Aussicht gestellt worden sind. Noch mehr Sparen in der Kultur ist nicht tragbar. Die Kulturabteilung hat ein vergleichsweise kleines Budget, womit auch kleine Sparmassnahmen ins Gewicht fallen. Der Gemeinderat soll künftig transparenter informieren. Sie wird sich für die Aufstockung des Kulturbudgets im Jahr 2022 einsetzen. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich die Finanzen im Jahr 2021 wirklich entwickeln werden. Es ist richtig, dass keine Entnahmen aus der Spezialfinanzierung gemacht werden oder die Investitionen gedrosselt werden. Die Existenz von Menschen soll gesichert und die regionale Wirtschaft unterstützt werden. Bei den Anträgen geht es um fast vernachlässigbare Beträge im Gesamthaushalt. Die Fraktion unterstützt den Antrag der BRK einstimmig und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Die Mehrheit der Fraktion steht dem Projekt Wasserzauber kritisch gegenüber. Eine Minderheit will das Projekt weiterverfolgen, aber nicht im nächsten Jahr. Den Antrag von Jonas Baumann-Fuchs wird sie im Sinne eines Kompromisses annehmen, obschon das Sparen in der Direktion BiSK schmerzt.

Carlo Schlatter, **Fraktion SVP**, ist über die Anträge erstaunt. Seine Fraktion nimmt das Budget, so wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat, an. Der Antrag der Fraktion Grüne/JG ist legitim, da man ein Projekt, das man nicht mag, über die Budgetdebatte streichen will. Der Betrag von 101'000 Franken müsste aber sowieso durch den Stadtrat noch bewilligt werden. Dort wo man sparen könnte, soll dann aber gemäss Antrag der BRK nicht gespart werden. Das Geld vom Mokka wurde ausgegeben und der Auftrag an den Gemeinderat, dass er dies einsparen soll, ist Tatsache. Die Fraktion begrüsst es nicht, wenn bei der Bildung und den Familien gespart wird. Es wird nicht Bildung gestrichen, sondern es soll linear gekürzt werden. Dies führt dazu, dass auch der Kompromissantrag nicht Sinn macht. Die Fraktion wird einstimmig alle Anträge ablehnen und will wirklich sparen.

**Martin Allemann (SP)** teilt mit, dass der schmerzliche Prozess des Sparens Thun in den nächsten Jahren begleiten wird. Einige Voten des Gemeinderates in der BRK haben bei ihm kein gutes Gefühl hinterlassen. Der Gemeinderat hat einen suboptimalen Prozess durchgeführt. Dass die ganzen 143'000 Franken auf die Direktion BiSK verteilt werden, ist nicht verständlich. Die anderen Direktionen konnten sich aus dem Prozess herausnehmen. Es ist nicht klar, was linear bedeutet und wo und wie gespart werden soll. Nun ist es an der Zeit, um im Stadtrat dem Gemeinderat zu sagen, was nicht gemacht werden soll. Die Schulen wissen noch nichts von den Kürzungen. Er ist in der Schulkommission und fühlt sich auch den Schulen verpflichtet. Wenn es dem Gemeinderat nicht gelingt, in Zeiten des Sparens den Prozess besser zu gestalten, fürchtet er sich vor den nächsten Budgetdiskussionen.

**Franz Schori (SP)** wendet sich an Stadtrat Borter und führt aus, dass eine Aufgabenverzichtsplanung vor rund zehn Jahren durchgeführt worden ist. Es war ein mühsamer und langwieriger Prozess. Am Ende musste man ernüchert feststellen, dass dies nicht klappte.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass die aktuelle Situation aufgrund der gegenwärtigen Ausgangslage schwierig einzuschätzen war. Es ist richtig, dass die Steuererträge sinken werden und der Anteil am Finanzausgleich steigen wird. Teile des Defizits können somit nicht beeinflusst werden. Es gibt aber auch noch Luft. Eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung würde das Defizit etwas verbessern. Die sehr hohen Investitionen werden für den Wirtschaftstraum Thun Impulse geben und einige Unternehmen unterstützen. Betreffend Stellenmoratorium wurde bereits im letzten Jahr angetönt, dass man ein Stellenwachstum in der nächsten Zeit nicht erwartet. Dass trotzdem die 600 Stellenprozente als Sachaufwand ins Budget eingeflossen ist, ist richtig, weil einige Aufgaben auch antizyklisch anfallen. Die dargelegte

Absicht des Gemeinderates ist klar. Diese Stellen sollen nicht zu bewilligten Stellen werden. Die Nettoverschuldung wird sich leicht erhöhen. Im Vergleich mit anderen Gemeinden ist sie aber gut. Die Selbstfinanzierung ist akzeptierbar. Zuletzt geht es um den Wasserzauber und das Mokka. Der Wasserzauber würde einen guten Impuls für Thun geben. Bei der Beratung betreffend Mokka war klar, dass man das Mokka so nicht übernehmen sollte, wenn unklar ist, wo gespart werden soll. Die Aufstockung des Budgets soll nicht gemacht werden. Die Übergangslösung gemäss Antrag von Jonas Baumann-Fuchs wäre akzeptierbar für ein Jahr. Die Fraktion wird dem Budget 2021 zustimmen. Dem Aufgaben- und Finanzplan kann entnommen werden, dass Thun langsam unterwegs ist. Es werden wohl rote Zahlen geschrieben. Die Prognosen stimmen aus heutiger Sicht. Die Fraktion nimmt Kenntnis des Aufgaben- und Finanzplans.

**Andreas Kübli** (glp) ist sich bewusst, dass es im Vergleich zum Gesamtbudget von über 300 Mio. Franken bei den Einsparungen in der Direktion BiSK um ein Wassertröpfchen im Thuner Finanzsee geht. Schon die Diskussionen zum nicht überwiesenen Postulat zum Mokka hat aufgezeigt, wie verfahren die Situation ist. Der Gemeinderat hat dieses Zeichen leider nicht gesehen und es nicht geschafft, eine gemeinsame Lösung für diesen Wassertropfen zu finden. Der vorliegende Vorschlag mit der Giesskannenkürzung stellt die Kapitulation der Lösungsfindung dar. Die Anträge der Fraktion Grüne/JG und der BRK sind aber auch nicht vollends überzeugend. Die glp hat das Geschäft zum Wasserzauber in einer ersten Lesung gerettet. Es ist ein schwerer Schritt und er hofft, dass dies nun nur für ein Jahr berücksichtigt wird. Die Erhöhung des Budgets ist nicht begrüssenswert, muss aber gemacht werden. Er hofft, dass mit dem Kompromissvorschlag von Jonas Baumann-Fuchs in dieser verfahrenen Situation eine Lösung gefunden werden kann.

**Philipp Deriaz** (SVP) ist irritiert wegen den Forderungen der SP insbesondere im Rahmen der Ausschüttungen. Es werden aktuell hohe Summen ausgegeben. Es wird vergessen, dass es eine nachfolgende Generation gibt. Der Vorschlag der BRK ist bedenklich, da dahinter ein Versprechen steht im Bereich des Einsparens dieser Summe, über welche wir sprechen. Gemeinderat Gimmel führte im Dezember 2019 aus, dass die Einsparung in der Direktion BiSK zu erfolgen haben und dies den Auftrag darstelle, den er im nächsten Frühling habe. Im Budget versucht man nun, dies wieder rückgängig zu machen. In der BiSK hat man eine Lösung gesucht, was sicher nicht einfach gefallen ist. Der Gemeinderat hat ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitenden Lösungen gefunden.

**Martin Allemann** (SP) teilt Stadtrat Deriaz mit, dass dieser leider nicht bei der BRK-Sitzung dabei gewesen sei, da er sonst etwas anderes gehört hätte. Es wurden viele leere Versprechungen gemacht und es fand kein Kompromiss statt, sondern ein Dekret des Gemeinderates sagte, wie in der BiSK zu sparen sei.

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** sagt, dass im Grundsatz eine gute Aufnahme des Budgets durch den Stadtrat vorliegt auch in Anbetracht des Defizits. Sie hat keine Freude erwartet. Noch mehr würde sie sich freuen, wenn sich die Prognosen nicht bewahrheiten würden. Sie erinnert daran, dass aktuell eine Nettowirkung von 2.2 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2020 vorliegt. Der Gemeinderat hat darauf verzichtet, eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorzunehmen. Der Gemeinderat sieht im Budget nicht vor, dass der Steuersatz erhöht werden soll. Der Budgetprozess startet schon jetzt für das nächste Jahr. Als der Start für diesen Budgetprozess war, war Corona erst gerade in China ausgebrochen. Die heutigen Aktualitäten konnten dazumal noch nicht vorhergesehen werden. In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich der Gemeinderat mit den künftigen Herausforderungen betreffend Corona auseinandergesetzt und ermittelt, ob eine Priorisierung in einem nächsten Budget nötig wäre. Eine Priorisierung wird im nächsten Aufgaben- und Finanzplan erfolgen. Die Finanzziele sind Legislaturziele. Diese können nicht kurzfristig geändert werden. Es wurde ein Kompromiss betreffend BiSK gemacht und so wird das Budget nun vorgelegt. Die Ausführungen, welche in der BRK-Sitzung erfolgten und auf welche sich Stadtrat Allemann bezieht, unterliegen dem Kommissionsgeheimnis. Betreffend Anträge liegt insofern ein Dilemma vor, als dass man das Defizit nicht grösser werden lassen will aber auch nicht sparen will. Das ist genau die Herausforderung. Dies ist eine operative Diskussion, welche in den Sachkommissionen erfolgen sollte.

## Detailberatung

### *Kapitel A, B, C und D Allgemeiner Teil*

Keine Wortmeldungen.

#### *Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung*

**Der Stadtpräsident** führt betreffend Streichung des Budgetpostens Wasserzaubers aus, dass ein grosses Defizit und damit eine schwierige Situation vorliegt. Aus den Anträgen, welche nur kleine Budgetposten betreffen, lässt sich schliessen, dass der Budgetprozess grundsätzlich sehr gut abgelaufen ist. Es liegt in der Zuständigkeit des Stadtrates über die Anträge zu befinden. Festhalten möchte er noch, dass der Wasserzauber nichts mit der Bildung zu tun hat. Der Zusammenhang ist zufällig und der Gemeinderat hat diese beiden Geschäfte nicht miteinander verbunden. Der Stadtrat hatte ein Geschäft zum Wasserzauber zu beraten und dieses wurde zurückgewiesen. Mit der Rückweisung ist die Erwartung verbunden, dass man wieder über das Geschäft befinden kann. Im Budgetprozess wurde ein Betrag eingegeben, welcher tiefer ist als letztes Mal. Der Betrag wurde nicht zufällig auf 101'000 Franken festgesetzt. Denn so fällt das Geschäft immer noch in die Kompetenz des Stadtrates. Heute ist unklar, ob der Anlass aufgrund der epidemiologischen Lage stattfinden kann. Er wurde im Vergleich zur letzten Vorlage fundamental überarbeitet. Es wäre aber ein Anlass, der vollumfänglich draussen stattfinden kann. Auch bestehende Anlässe müssen eventuell gewisse Änderungen erfahren. Bei einer Streichung würde es sich nicht um eine echte Einsparung handeln, da man nicht weiss, ob der Anlass überhaupt durchgeführt werden kann. Auch das entsprechende Kreditgeschäft müsste noch durch den Stadtrat genehmigt werden. Es muss eine Kosten-Nutzen-Abwägung gemacht werden. Der Anlass würde das Gewerbe, die Gastronomie und die Eventbranche stärken, also genau jene Branchen, die heute leiden. Es soll rasch und flexibel auf die Änderungen der Rahmenbedingungen reagiert werden können. Durch Beibehaltung des Budgetpostens kann der Gemeinderat schnell reagieren und dem Stadtrat ein solches Geschäft vorlegen. Insgesamt liegt ein gutes Budget vor, welches ausgewogen ist. Er lädt den Stadtrat ein, dem Budget so zuzustimmen, wie es der Gemeinderat vorgelegt hat.

#### *2. Direktion Bau und Liegenschaften*

Keine Wortmeldungen.

#### *3. Direktion Bildung Sport und Kultur*

**Gemeinderat Roman Gimmel** will darauf hinweisen, dass das Mokka nichts dafür kann. Es ist so, dass die Absichtserklärung, welche er in der Sitzung vom Dezember 2019 abgegeben hat, nämlich dass bis im Frühling 2020 klar sein sollte, wo gespart werden soll, Gültigkeit genossen hat. Er entschuldigt sich beim Stadtrat, dass dies nicht innerhalb der angetönten Frist und Form erfolgen konnte. Als Stadtratsmitglied wäre er mit dem Budget auch nicht glücklich. Er hätte sich als Stadtratsmitglied auch eine Liste mit den Sparmassnahmen gewünscht. Diese Liste gibt es. Sie liegt dem Stadtrat aber nicht vor und dies führt zu Enttäuschungen. Früher wurden 80 % der Auslagen für das Mokka durch den Lastenausgleich vom Kanton zurückerhalten, was heute nicht mehr möglich ist. Das Grundsatzproblem ist mehr als ein Jahr alt. In jeder Direktion ist es jedes Jahr dasselbe. Es müssen hunderte Entscheidungen bei Produkten und Dienstleistungen getroffen werden. Es muss entschieden werden, ob es selbst gemacht oder eingekauft werden soll. Dies ist eine ökonomische Frage. Es muss nun die Frage gestellt werden, was geschehen wird, wenn man die 144'000 Franken nicht mehr hat. Zuerst kann an den bestehenden Aufgaben geschraubt werden. Auch kann auf geplante neue Aufgaben verzichtet werden. Es macht Sinn, mit Globalbudgets zu arbeiten. Der Kürzungsfaktor beträgt knapp 2 %, auch bei den Schulen. Es kann nicht aufgezeigt werden, wo dies genau eingespart wird. Dies liegt in der Kompetenz der Schulleitung.

#### 4. Direktion Sicherheit und Soziales

Keine Wortmeldungen.

#### 5. Direktion Finanzen, Ressourcen und Umwelt

Keine Wortmeldungen.

**Thomas Hiltbold** (Grüne) sagt, dass nur über das Budget 2021 gesprochen wird. Der Stadtpräsident hat betreffend Wasserzauber korrekt erwähnt, dass es noch eine Kreditverpflichtung des Stadtrats braucht. Dies braucht einen Vorlauf, da das Geschäft auch in der SAKO besprochen werden muss. Im Herbst müsste der Wasserzauber stattfinden. Nächstes Jahr würde das Projekt kaum stattfinden. Der Anlass findet zwar draussen statt, aber auf sehr engem Raum. Ein Schutzkonzept ist nicht umsetzbar. Für das Jahr 2021 ist es schlicht nicht realistisch.

**Der Stadtpräsident** teilt mit, dass der Gemeinderat in dieser Pandemie gelernt hat, dass das, was wir glauben, was in einem Jahr sein wird, sich sehr rasch ändern kann. Der Gemeinderat ist für die Stadt und die Wirtschaft verantwortlich. Wenn es gelingt, schneller und besser zu sein als andere, so geht es den Leuten und der Wirtschaft besser. Alle Optionen sollen offengehalten werden, um für den richtigen Moment bereit zu sein, auch wenn die Wahrscheinlichkeit klein ist. Diese Möglichkeit wird bei der Streichung der 101'000 Franken vernichtet. Der Stadtrat nimmt sich durch die Streichung selbst die Möglichkeit, eine Abwägung zu machen, ob die Durchführung dieses Anlasses dereinst sinnvoll ist oder nicht. Man muss flexibel sein. Der Gemeinderat will die kleine Chance, um etwas Gutes zu machen, nutzen.

**Der erste Vizepräsident des Stadtrats** unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung lässt **der erste Vizepräsident des Stadtrats** über die vorliegenden Anträge zum Budget 2021 in der Reihenfolge der vorliegenden Tabelle und unter Berücksichtigung der Präzisierung beim Antrag von Jonas Baumann-Fuchs abstimmen.

#### **Beschlüsse über die Anträge**

Der Antrag der Fraktion Grüne/JG betreffend Kürzung des Budgets 2021 in der Direktion P + StE im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderungsprojekte (3635.51) um 101'000 Franken und Verbesserung des Gesamtergebnisses um 101'000 Franken wird mit 25 : 14 Stimmen angenommen.

Der Antrag der BRK betreffend Erhöhung um 144'000 Franken bei den Produktegruppen des Amtes für Bildung und Sport wird mit 24 : 14 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag von Jonas Baumann (EVP) betreffend Einsparung von 43'000 Franken bei der Direktion BiSK proportional auf den steuerbaren Aufwand wird mit 27 : 9 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Somit ergeben sich in den Summen Gesamthaushalt und Allgemeiner Haushalt keine Veränderungen im Aufwand, Ertrag und Aufwandüberschuss.

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstaben a und b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. September 2020 beschliesst einstimmig:

1. Im Jahr 2021 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
  - b) Liegenschaftsteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.

2. Genehmigung Budget 2021 (mit Änderungen in den Nettokosten der Produktgruppen 1.3, 3.1, 3.4, 3.5, 3.6 und 3.8) bestehend aus:

		Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	Fr.	303'860'120	288'155'220
Aufwandüberschuss	Fr.		15'704'900
Allgemeiner Haushalt	Fr.	283'825'360	268'549'820
Aufwandüberschuss	Fr.		15'275'540
Spezialfinanzierung Abwasser	Fr.	6'850'500	6'923'500
Ertragsüberschuss	Fr.	73'000	
Spezialfinanzierung Abfall	Fr.	7'201'900	6'538'700
Aufwandüberschuss	Fr.		663'200
Spezialfinanzierung Feuerwehr	Fr.	3'355'560	3'593'600
Ertragsüberschuss	Fr.	238'040	
Spezialfinanzierung Parkinggebühren	Fr.	2'536'800	2'525'600
Aufwandüberschuss	Fr.		11'200
Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	Fr.	90'000	24'000
Aufwandüberschuss	Fr.		66'000

3. Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung.  
 4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 117. Aufgaben- und Finanzplan 2021 bis 2024

### Kenntnisnahme

Die Diskussionen zum Aufgaben- und Finanzplan wurden im vorangehenden Traktandum Budget 2021 geführt. Es erfolgten keine zusätzlichen Bemerkungen.

### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. September 2020 beschliesst stillschweigend:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2021 bis 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Nach der Beschlussfassung zum Aufgaben- und Finanzplan übernimmt die Stadtratspräsidentin wieder die Sitzungsleitung.

## 118. Dringliche Motion M 3/2020 betreffend Spez.-Sek. – Streichen des Artikels 8 im Bildungsreglement (BiR)

Jonas Baumann-Fuchs (EVP), Andreas Kübli und Nicole Krenger (glp) sowie Reto Vannini und Simon Werren (BDP), Fraktionen SP und Grüne/JG vom 17. September 2020; Beantwortung

**Gemeinderat Roman Gimmel** führt statistische Angaben zu den Geschäften betreffend Bildung im Stadtrat auf. In den letzten elf Jahren gab es zusammengefasst insgesamt 13 Vorstösse betreffend Bildung. Die Anzahl der Bildungsvorstösse hat im Jahr 2020 um Faktor fünf zugenommen. Die Bildung ist damit 2020 zum Spielball der Politik worden. So kann der erwartete Anspruch, welcher seit vielen Jahren verfolgt wird, nicht mehr erfüllt werden. In einer ausserordentlichen Situation derart viele Anliegen in so kurzer Zeit einzubringen, ist unvernünftig. Die Grenzen des Systems wurden durch das Budget aufgezeigt. Der Rückzug der gleichlautenden Motion im Juli wurde kurz vor der Abstimmung gemacht wegen drohender knapper Niederlage. Ein solches Manöver hat es in Thun noch nie gegeben. Nachgelagert wurde eine Fragestunde zum gleichen Thema gestellt. Gestützt darauf wurde nun dasselbe Anliegen als dinglicher Vorstoss eingereicht. Die Effizienz und Effektivität bleiben bei einem solchen Vorgehen auf der Strecke. Bei dieser unkoordinierten Ausgangslage empfiehlt der Gemeinderat, den Vorstoss abzulehnen. Zuerst muss die Antwort auf die Motion 4/2020 betreffend Erarbeitung einer Bildungsstrategie für die Stadt Thun abgewartet werden. Diese dürfte im Februar vorliegen und kann hier diskutiert werden. Sollte das Bedürfnis nach einer Bildungsstrategie auf Stufe Gemeinde mehrheitsfähig werden, so kann davon ausgegangen werden, dass in diesem grundlegenden Instrument nicht nur die Ausrichtung betreffend Ganztageschule, sondern auch die Ausrichtung betreffend Anzahl Reihen auf der Oberstufe abgebildet wird.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, stellt gestützt auf Art. 29 Abs. 2 Geschäftsreglement Antrag auf Rückweisung des Geschäfts mit der Begründung, dass eine Bildungsstrategie in Auftrag gegeben worden ist.

**Jonas Baumann-Fuchs (EVP)** ist der Meinung, dass die Politik sich in die Bildung einmischen kann und soll. Vorstösse sind egal in welcher Anzahl angebracht. Die Frage rund um die Zwei- oder Dreistufigkeit in den Thuner Schulen löst viele Emotionen aus und wird höchst kontrovers diskutiert. Die inhaltliche Diskussion wurde im Sommer geführt. Nachdem nach der gestellten Fragestunde klar war, dass weder der Gemeinderat noch die Schulkommission diesbezüglich eine Entscheidung fällen, war der Fraktion klar, dass die Diskussion des Stadtrates nicht nochmals gefordert ist, aber ein Entscheid. In der Bildungsmotion gibt es die Frage betreffend Anzahl Stufen. Aufgrund des Drucks des Kantons und der grossen politischen Bedeutung und dem Wunsch der öffentlichen Diskussion wurde diese Frage aber aus der Gesamtlegeordnung herausgelöst und vorgängig auf die politische Traktandenliste gesetzt. Es ist üblich, dass wichtige Fragen herausgelöst werden. Die Bildungsstrategie soll nicht allein eine Stufenstrategiefrage werden. Diese Gefahr besteht, es sind aber noch andere Fragen offen. Die Frage wurde nun herausgelöst und in den vorliegenden Vorstoss verarbeitet. Da sonst niemand für den Entscheid zuständig ist, wird dieser heute im Stadtrat gefällt. Seine eigene Fraktion steht der Abschaffung der Spez.-Sek grundsätzlich kritisch gegenüber.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass die gleichlautende Vorlage von der Urheberschaft zurückgezogen wurde. Dies soll angesichts eines allfälligen Scheiterns gemacht worden sein. Dies ist nicht korrekt. Der Entscheid zum Rückzug erfolgte, weil nicht über ein einzelnes Reformvorhaben entschieden werden sollte, sondern zuerst eine pädagogische Auslegeordnung im Sinne einer Gesamtschau verlangt wird. Auch die Spez.-Sek. sollte miteinbezogen werden und im Lichte von anderen Themen geprüft werden. Die Motion Bildungsstrategie ist eingereicht und soll gemäss Planung bald beraten werden können. Der Gemeindeart hat seine Einstellung nicht geändert, was legitim ist. Es ist Fakt, dass in der Motionsantwort leider nicht erwähnt wird, dass man zu einem späteren Zeitpunkt über die Thematik nachdenken will. Fakt ist weiter, dass die vorliegende Motion auch heute vom Gemeinderat abgelehnt wird. Die Schärfe der Begründung erstaunt. Das Anliegen stammte ursprünglich von der Schulkommission. Wenn die Fragen um die Schnittstelle Volksschule und Gymnasium nicht angegangen werden sollen und auch künftig sakrosankt sind, dann bleibt nichts anderes übrig, dem Antrag des Gemeinderates nicht zu folgen und die Motion zu überweisen. Er ist sich bewusst, dass er mit dieser Aussage sich selbst untreu wird. Damals war er klar der Meinung, dass Reformen nur dann einen Sinn haben, wenn sie von der betroffenen Lehrerschaft mitgetragen werden. Im Grundsatz bleibt er dieser Haltung treu. Es kann aber nicht sein, dass nur weil Lehrerinnen und Lehrer nicht wollen, alle Reformen nicht möglich sind. Die Fraktion vertritt die Überzeugung, dass wenn in naher Zukunft die Schnittstelle Volksschule und Gymnasium vertieft diskutiert werden soll,

die Motion heute überwiesen werden muss. Sonst ist die Angelegenheit für die nächste Zeit vom Tisch. Fraktionsintern ist man sich nicht ganz einig geworden, mehrheitlich wird sie für eine Überweisung der Motion stimmen. Er fragt sich, wieso der Stadtrat eine solche Diskussion einleiten musste und wieso diese nicht aus einem anderen Gefäss wie der Schulkommission angestossen worden ist.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass eine Bildungsstrategie für die Stadt Thun in der Pipeline ist. Diese ist wie ein Netz. Wenn die Bildungsstrategie im gesetzlich vorgesehen Rahmen erstellt werden soll, dann darf nicht ein Knoten fixiert werden. Ansonsten gehen Freiheiten und Optionen verloren. Wenn diese Motion angenommen wird, werden die Bildungsorgane in den nächsten Jahren mit dem Systemwechsel befasst sein. Die Probleme der Oberstufe sind aber umfassender als dieser Systemwechsel. Schulen werden dadurch noch mehr verunsichert. Die Fraktion will dies grossmehrheitlich nicht und lehnt deshalb die Motion ab. Er bittet seine Kollegen zu seiner Linken, auf ideologische Scheuklappen zu verzichten. Der Weg soll frei gemacht werden für eine offene Diskussion zur Bildungsstrategie. Dort wird die Stufenfrage diskutiert werden müssen.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, kann nicht nachvollziehen, dass darüber gesprochen wird, da eigentlich ein Rückweisungsantrag gestellt worden ist. An der Position der SVP hat sich gegenüber den Ausführungen vom 11. Juni 2020 nichts geändert. Es liegt kein Anhaltspunkt vor, wieso eine gut funktionierende und etablierte Praxis geändert werden sollte. Der Lernplan 21 soll umgesetzt werden. Es ist deshalb zwingend auf einen jetzigen Systemwechsel zu verzichten. Es soll auf die Bildungsstrategie gewartet werden. Die SVP sagt einstimmig nein und wird die Motion ablehnen.

**Markus van Wijk** (FDP) ist der Meinung, dass eine Bildungsstrategie umfassend sein muss und diesbezüglich muss auch die Stufenfrage diskutiert werden. Dies ist auch so geplant. Er ist erstaunt, dass die Motion nach dem Rückzug wieder eingereicht worden ist. Es ist speziell, dass im Nachgang zu der dringlichen Motion ein weiterer Vorstoss zur Bildungsstrategie erarbeitet wurde. Die FDP begrüsst eine Gesamtsicht. Die immer komplexer werdende Bildungslandschaft erfordert dies. Das zuerst ein Teilaspekt entschieden werden soll, erstaunt. Die Frage betreffend Stufung kann nicht losgelöst betrachtet werden. Die Lehrer müssen abgeholt werden, aber schlussendlich muss der Rat entscheiden. Die Grundlagen für die Entscheidung müssen zuerst erarbeitet werden. Die Zukunft der Thuner Bildungslandschaft wird bereits in naher Zukunft sehr bewegt sein. Grosse Einschnitte werden das bisherige System grundlegend beeinflussen. Für die FDP wäre es unglücklich, etwas zu entscheiden, wenn die entsprechende Informationsbasis fehlt. Es geht darum, pädagogische und organisatorisch wichtige Fragen zu klären. Dies ist ohne Gesamtsicht nicht möglich. Die FDP wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und lehnt die Motion ab.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die SP bei ihrer Meinung bleibt. Für sie sprechen die pädagogischen und organisatorischen Aspekte für einen Systemwechsel. Auch ist die Klärung der Finanzierung wichtig. Der Kanton wird den Geldfluss an den politischen Prozess koppeln. Früher oder später wird der Geldhahn zugekehrt werden und dies würde zu einer Verlagerung der Ausgaben führen. Die Folge wäre, dass die Stadt Thun die Spez.-Sek. selbst finanzieren müsste. Dies kann sich die Stadt nicht leisten. Der Bildungsvorsteher verlangt ein Fundament, welches er aber längstes hätte erarbeiten können. Die echte Diskussion im Rahmen der Bildungsstrategie kann nur wegen den Motionärinnen und den Motionären geführt werden. Der Gemeinderat stellt in Aussicht, bei Überweisung der Motion, eine breite Vernehmlassung durchzuführen. Dieses Vorgehen wird aufgrund des partizipativen Gedankens begrüsst. Allfällige Verzögerung würden Neuverhandlungen mit dem Kanton bedeuten. Die Fraktion vertraut dem Bildungsvorsteher, dass er diese erfolgreich durchführen kann. Die SP-Fraktion nimmt die Motion einstimmig an.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, findet es nicht falsch, dass betreffend Stufenfrage auf die Bildungsstrategie gewartet werden soll. Jedoch ist diese Diskussion aufgrund des Drucks des Kantons längstens überfällig. Deshalb wurde sie losgelöst und sie ist nicht Teil der Gesamtstrategie. Die Erarbeitung der

Bildungsstrategie wird eine lange Zeit in Anspruch nehmen und soll ein Qualitätsprodukt darstellen. Die Frage betreffend Spez.-Sek. drängt aber. Die Fraktion wird die Motion annehmen.

**Gemeinderat Roman Gimmel** führt aus, dass es nicht stimmt, dass die Stadt Thun die Spez.-Sek. selbst finanzieren muss. Einzig die 9. Klasse, welche nicht in das Gymnasium kommt, müsste von der Stadt finanziert werden. Aus den Kreisen der Schulkommission ist ein Brief an den Gemeinderat gelangt betreffend Spez.-Sek. Der Gemeinderat antwortete, dass am bestehenden System nichts geändert werden soll. Eine breite Vernehmlassung zuerst zur Frage Spez.-Sek. und direkt danach betreffend eine politische Gesamtschau ist kaum durchführbar und dies soll zusammengefasst werden. Es ist darüber zu entscheiden, ob zuerst die Strategie erarbeitet werden soll oder ob zuerst die Frage betreffend Spez.-Sek. allein entschieden werden soll. Der Gemeinderat bleibt bei der Ansicht, dass der Vorstoss abgelehnt werden sollte oder er sich vorstellen, dass das Geschäft zurückgewiesen oder durch die Urheberschaft ausnahmsweise zurückgezogen wird.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, hat den Eindruck gewonnen, dass nie der richtige Zeitpunkt ist, um darüber zu sprechen. Dieses Tabuthema wird aber heute Abend entschieden werden. Die Strategie steht am Anfang. Die Spez.-Sek. ist älter und man hat die Erfahrung, weshalb darüber entschieden werden kann.

**Die Stadtratspräsidentin** weist Stadtrat Aegerter darauf hin, dass Vorstösse nach kantonalem Recht nicht zurückgewiesen werden können. Somit ist eine formelle Rückweisung nicht möglich. Zulässig wäre demgegenüber ein Verschiebungsantrag. Stadtrat Aegerter soll erläutern, zu welchem Zeitpunkt die erneute Behandlung erfolgen soll.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass es ihm nicht darum geht, noch mehr Öl ins Feuer zu giessen, sondern er will, dass der Schule etwas Gutes getan werden kann. Er ist fest überzeugt, dass wenn heute über die Spez.-Sek. entschieden wird, der Stadtrat nicht mehr frei ist. Es mag sein, dass es zeitlich zu Verzögerungen führt. Der Verschiebungsantrag lautet auf den Zeitpunkt, in dem die Motion Bildungsstrategie behandelt wird, also im Februar. Die Strategie muss zuerst vorliegen.

**Der Rat** lehnt den Verschiebungsantrag mit 20 : 18 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt die Motion mit 21 : 18 Stimmen als erheblich.

### **119. Postulat P 15/2020 betreffend Aufarbeiten der Verstrickungen in den transatlantischen Sklavenhandel und Dreieckshandel von Personen und Firmen im Raum Thun**

#### **Alice Kropf (SP), Fraktion SP und Thomas Rosenberg (Grüne); Beantwortung**

**Alice Kropf (SP)** ist mit den Ausführungen des Gemeinderates grösstenteils nicht einverstanden. Diese hat sie dem Historiker Hans Fässler unterbreitet. Zu der grundsätzlichen Unterstützung wissenschaftlicher Aufarbeitung führt sie aus, dass es manchmal mehr benötigt als die Initiative privater Trägerschaften. Der Gemeinderat findet es problematisch, das Verhalten vorangehender Generationen mit den moralischen Vorstellungen von heute zu betrachten. Wieso dies in einigen Fällen wie bei der Verurteilung von Nazi-verbrechen unproblematisch und in anderen Fällen problematisch sein soll, erschliesst sich ihr nicht. Die Sklaverei und der Sklavenhandel waren immer schon umstritten. Der Umstand, dass die Schweiz nie eine Kolonialmacht gewesen ist, sagt über die Verstrickungen nichts aus. Es gab auch staatliches Handeln von früheren Schweizer Städten, welche in die Sklaverei investiert haben und dadurch profitierten. Der Gemeinderat bedauert, dass Schweizer Bürger\*innen, Unternehmen und Organisationen am Sklavenhandel

beteiligt gewesen waren. Dies reicht aber nicht aus, sondern es braucht, Aufarbeitung, Bewusstsein und Wiedergutmachung. Die Stadt Thun und ihre Bürgerinnen und Bürger seien am transatlantischen Sklavenhandel nie direkt beteiligt gewesen, schreibt der Gemeinderat. Die Unterscheidung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung ist heute nicht mehr aufrecht zu erhalten. Ohne Sklaverei hätte es keine Baumwolle und damit keine moderne Schweizer Industrie gegeben. Der Dreieckshandel dauerte entgegen den Aussagen des Gemeinderates bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auch in Thun ist man im Dreieckshandel durch Verkauf von Kolonialwaren aktiv gewesen. Es ist denkbar, dass die Klasse der 4 % der reichsten Thuner\*innen in Spekulationsvehikel investiert haben, um vom Sklavenhandel zu profitieren. Es kann noch einiges aufgearbeitet werden. Betreffend Verantwortung der Nachfahren der Familie de Rougemont ist zu betonen, dass diese den Gewinn aus dem Sklavenhandel in Schlösser in Thun und Umgebung investiert haben. Vererbt worden ist immer auch soziales und kulturelles Kapital: Wissen, Netzwerke, Bücher und Orientierung. Nachfahren haften nicht für das Verhalten ihrer vorhergegangenen Generationen, aber sie sollen ein Bewusstsein dafür haben und Verantwortung übernehmen. Die Wohltätigkeit der Familie de Rougemont ist keine Wiedergutmachung für die Beteiligung an vergangenem Unrecht. Der Gemeinderat könnte mit wenig Aufwand die Aufarbeitung unterstützen beispielsweise durch logistische Unterstützung von Masterstudenten der Universität Bern in den betreffenden Fachbereichen. Es ist korrekt, dass die Umbenennung von Strassen und Plätzen bei Historiker\*innen umstritten ist. Das Postulat fordert, dass diskutiert werden soll, ob der Rougemontweg umbenannt werden soll. Eine Kontextualisierung wäre sicher notwendig, wie eine erklärende Tafel. Sie nimmt den Gemeinderat beim Wort, dass er sich einer öffentlichen Debatte nicht verschliesse. Der Antrag von ihr lautet auf Annahme und Nicht-Abschreiben.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, hat grosse Sympathien für dieses Postulat und erachtet die Thematik als äusserst wichtig. Eine Aufarbeitung und miteinhergehende Sensibilisierung der Thematik ist wichtig. Das Leid, das durch den Sklavenhandel verursacht worden ist, ist unfassbar gross. So schön das Schloss Schadau ist, so fühlt man sich auch als Vertreter der Eigentümerschaft verpflichtet, dass die Geschichte, die hinter dem Schloss steht, ans Licht kommt. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen. Bei der Frage der gleichzeitigen Abschreibung haben sich verschiedene Ansichten gezeigt. Ein Teil der Fraktion sieht den Prüfauftrag als erfüllt an. Die Aufarbeitung soll gerade in finanziell angespannten Zeiten von privaten Trägerschaften ausgehen. Sie vertrauen dem Versprechen des Gemeinderates, dass er die politisch notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit in angemessener Weise unterstützen wird. Dieser Teil hofft, dass eine Universität den Ball aufnimmt und ein Forschungsprojekt initiiert. Der andere Teil hätte gerne gesehen, dass der Gemeinderat einen Weg findet, das Anliegen bei einer Stelle wie beispielsweise der kantonalen Denkmalpflege zu deponieren, wo eine Chance besteht, dass es weiter verfolgt werden würde ohne grosse finanzielle Konsequenzen für die Stadt. Betreffend Abschreibung wurde demgemäss die Stimmfreigabe beschlossen.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass die Fraktion mit der Postulatsantwort grundsätzlich zufrieden ist und sie es einstimmig annimmt und gleichzeitig abschreibt. Erfreut wurde zur Kenntnis genommen, dass die vorliegende Thematik auch für den Gemeinderat ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen ist und er gerne die politische Diskussion in der Öffentlichkeit anstossen möchte. Wenn er gleichzeitig warnt, das Verhalten früherer Generationen an den heutigen Moralvorstellungen zu messen, ist dem beizupflichten. Die Fraktion verschliesst sich einer umfassenderen Aufarbeitung nicht. Denkbar wäre auch, die Sache dem Kanton zu übergeben oder eine diesbezügliche Doktorarbeit zu unterstützen. Die Umbenennung des Rougemontweges könnte man in dem Zusammenhang nochmals angehen.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, macht Ausführungen zu der Geschichte des Sklavenhandels. Es ist heute bekannt, dass über 40 Millionen Menschen Opfer von moderner Sklaverei sind. Die heutige Sklaverei nimmt andere, aber nicht weniger inhumane Formen an als im 18. Jahrhundert. Der Fokus soll sich auf das Heute und Jetzt konzentrieren. Aus Sicht der Fraktion kann dieses Postulat so angenommen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

**Hanspeter Aellig** (FDP) ist der Auffassung, dass das Postulat ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen aufnimmt. Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist für die Identität von grundlegender Bedeutung, darf aber nicht ausarten. Die FDP stellt erfreut fest, dass sich der Gemeinderat einer weiteren Aufarbeitung nicht verschliesst. Ein kostengünstiges Mittel wäre die Unterstützung von Bachelor- und Masterstudierenden. Die FDP erachtet den Prüfauftrag als erfüllt an und wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, erläutert, dass es Mode geworden ist, dass ein Teil der heutigen Gesellschaft sich in der Aufarbeitung der Vergangenheit verwirklicht. Es ist schwierig mit den heutigen moralischen Massstäben das Verhalten von früheren Generationen beurteilen zu können. Wahrscheinlich war nicht alles so schlecht, was sie getan haben. Durch das Gutmenschen-wollen haben viele die Augen verschlossen vor dem Jetzt. Das Thun von heute ist die Geschichte von morgen. Vor unserer Haustüre brennt es und viele Existenzen sind bedroht. Der Gemeinderat hat aufwendig recherchiert und eine gute Stellungnahme verfasst. Wenn der Bedarf zur Klärung der Vergangenheit wirklich so hoch ist, so gibt es bestimmt freiwillige Akteure, welche sich für die Aufarbeitung unentgeltlich zur Verfügung stellen. Es kann nicht sein, dass für historische Untersuchungen öffentliche Gelder der Stadt Thun eingesetzt werden. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Der Stadtpräsident** teilt mit, dass der Vorstoss eine Thematik aufnimmt, die bewegt. Auch bei privaten Forschenden ist es ein Thema. Es ist richtig, dass der Gemeinderat seine Unterstützung anbietet. Insgesamt sieht es aber der Gemeinderat als nicht richtig an, wenn man von städtischer Seite her weitere Aufträge ausschreibt. Die Stadt unterstützt bereits verschiedene geschichtliche Aufarbeitungen.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt das Postulat mit 29 : 10 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 26 : 13 Stimmen ab.

## **120. Postulat P 9/2020 betreffend solidarische Städte in der Asylpolitik**

### **Fraktionen Grüne/JG, SP und EVP vom 11. Juni 2020; Beantwortung**

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass es vielerorts zunehmend um Leben und Tod geht. Grundlegende Menschenrechte können kaum garantiert werden. Entsprechend enttäuscht ist er, was die Stadt Thun mit der Situation macht. Griechenland ist nicht in der Lage, mit den vielen schutzsuchenden Menschen umzugehen. Betreffend Pandemie können die minimalen hygienischen Massnahmen sowie social distancing nicht eingehalten werden. Eine Evakuierung ist der einzig mögliche Weg, den unhaltbaren Zuständen zu begegnen. Ende September haben beide National- und Ständerat die Motion «Aufnahme von geflüchteten aus Griechenland und Reform des Dublin Abkommens» angenommen. Der Auftrag an die Landesregierung wäre damit klar. Dass betreffend dieses Postulat nicht einmal eine Mehrheit für die Dringlichkeit gefunden werden konnte, ist enttäuschend. Ebenfalls enttäuscht ist er wegen der Antwort des Gemeinderates. Die Notwendigkeit haben die meisten grossen Städte und einige Gemeinden erkannt und sie möchten Hand bieten. Klar ist, dass im Moment keine direkten Aufnahmen möglich sind, was auch nicht zwingend der Kern des Vorstosses ist. Der Bund soll sich für eine massgebliche Aufnahme einsetzen und sich darum bemühen, solche Katastrophen künftig verhindern zu können. Es ist die Aufgabe der Politik, Missstände zu beseitigen und Prozesse zu beeinflussen, wenn sie nicht so funktionieren, wie sie sollten oder nicht mehr zeitgemäss sind. Sich hinter Gegebenheiten zu verstecken und verantwortungslos zuzuschauen ist sonst auch nicht die Art des Thuner Stadtrates. Mit der Annahme des Postulats kann ein wichtiges Zeichen gesetzt werden. Auch bei einer bestehenden Zuständigkeitsordnung können Handlungsmöglichkeiten und ein diesbezüglicher Einfluss ebenso wenig wie auch die Zustände in Griechenland geleugnet werden. Mit der kalten Jahreszeit und der Pandemie spitzt sich die Situation zu. Es ist schon viel zu viel Zeit verstrichen und das Anliegen kann nicht länger aufgeschoben werden. Als Land und

als Stadt müssen wir die Verantwortung wahrnehmen. Er fragt den Gemeinderat, was er bis jetzt effektiv unternommen hat und wo er Möglichkeiten sieht, sich einzubringen.

**Hanspeter Aellig (FDP)** teilt die Auffassung, dass die Lage für viele Flüchtlinge dramatisch und besorgniserregend ist. In der Schweiz leben heute über 95'000 Flüchtlinge. Das Postulat ist nicht stufengerecht. Es ist nicht in der Kompetenz des Gemeinderats oder des Stadtrates, solche Aktionen zu lancieren. Auch die FDP steht ohne Vorbehalt zur humanitären Tradition der Schweiz. Die Verantwortlichkeiten sind aber national wie international klar geregelt. In der Schweiz liegt das in der Kompetenz des Bundes. Die Aufnahme von Migranten durch die Stadt Thun würde der Kompetenzordnung widersprechen. Die FDP wird das Postulat einstimmig ablehnen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, erläutert, dass sich die Situation auf den griechischen Inseln seit dem letzten diesbezüglichen Postulat im Jahr 2016 verschlechtert hat. Es braucht ein Umdenken von allen, auch von der Stadt Thun. Es widerspricht der Zuständigkeitsordnung nicht, wenn die Stadt Thun Bereitschaft erklärt, mitzuhelfen. Der Support in der Bevölkerung ist gross, dass der Gemeinderat im Sinne des Postulats aktiv werden soll. Der Antwort des Postulats kann entnommen werden, dass die Anstrengungen aus der Zivilgesellschaft und Politik nicht gefruchtet haben. Sie hofft, dass die Mehrheit des Stadtrates das Postulat überweist. So kann auch dem Bund ein Zeichen gegeben werden, dass die Stadt Thun bereit ist, mehr Menschen ein menschliches Dasein zu ermöglichen. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Thun wäre die freiwillige Hilfe der Bevölkerung gewährleistet. Trotz der schwierigen Coronazeit könnten wir mehr Menschen aufnehmen. Wir sind nach wie vor sehr privilegiert. Die Pandemie trifft Menschen auf der Flucht noch viel härter als uns.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, fragt sich, ob ein solches Postulat nüchtern betrachtet und eine Abwägung vorgenommen werden darf. Der Asylbereich und die Menschen dahinter sind wichtig und verdienen es, dass man sich differenziert mit dem Thema auseinandersetzt. Die Konsequenzen trägt die ganze Bevölkerung von Thun. Menschen leben in überfüllten Lagern und in unwürdigen Zuständen. Die gesamte Situation hat sich durch Corona und den Brand in Moria verschlimmert. Die Schweiz und Europa haben der Aufnahme von vulnerablen Personen zugestimmt. Die Anzahl der Asylsuchenden ist aber zu gross, um alle auf die verschiedenen Länder zu verteilen. Eine Umverteilung ist nicht sinnvoll und nachhaltig, da die Aufnahme der Flüchtlinge von Griechenland nicht dazu führt, dass keine neuen mehr dazukommen, die Flüchtlingslager geschlossen werden könnten und das Problem gelöst wäre. Jeden Tag kommen neue Menschen in die Lager. Eine nachhaltige Lösung mit einer gerechteren Verteilung von Solidarität und Verantwortung in Europa ist zu unterstützen. Kurzfristig kann mit humanitärer Hilfe inklusive medizinischer Versorgung und einem Aufbau einer Schule geholfen werden. Es ist ein europäisches Asyl- und Registrierungszentrum zu errichten, damit Asylverfahren schnell und fair ablaufen. Mittelfristig müssen Rückkehrabkommen mit den Herkunftsländern abgeschlossen werden. Langfristig muss man versuchen, die Ursache in den Herkunftsländern, von welchen die meisten Migranten herkommen, zu bekämpfen durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Unternehmen. Das Postulat betrifft europäische und gesamtschweizerische Themen. Thun soll gemäss dem Postulat freiwillig weitere Flüchtlinge aufnehmen als Zeichen. Dies ist Symbolpolitik, nicht nachhaltig und dient nur wenigen. Auch die finanzielle Lage der Stadt Thun spricht gegen die Aufnahme von einzelnen Migranten. Die Gemeinde ist nach fünf bis sieben Jahren nach Aufnahme für die Flüchtlinge finanziell zuständig. Je nach Schätzung werden 60 bis 80 % der Flüchtlinge in diesem Zeitpunkt nicht finanziell selbständig sind. Die Stadt Thun und der Verein Asyl Berner Oberland setzen sich für eine bessere Integration ein. Eine weitere Unterstützung bietet die Stadt Thun, indem sie die Fachstelle Arbeitsintegration betreibt. Die Fraktion sieht das Leid in den überfüllten Lagern in Griechenland, wird das Postulat aber aus den genannten Gründen ablehnen.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, sieht das Elend der Flüchtlinge. Die Fraktion ist der Meinung, dass gerade die Schweiz diesbezüglich handeln müsste. Die Integration muss gelingen, was sie heute schon tut. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat in der Macht seiner Möglichkeiten mithelfen will. Auch ist der Gemeinderat zu unterstützen, wenn er nicht der gesetzlichen Zuständigkeitsordnung zuwiderhandeln will.

Alleingänge einzelner Gemeinden sind wenig zielführend und nicht nachhaltig. Ein Zeichen der Solidarität durch Annahme wäre begrüssenswert. Es wird vorgeschlagen, das Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt mit, dass dem Gemeinderat eine Empathie gegenüber den Flüchtlingen nicht abzusprechen ist. Es wäre aber wünschenswert, wenn er Beherztheit gezeigt und ein Zeichen gesetzt hätte. Finanzielle Hilfe für die Heimatlosen wird sehr honoriert. Hilfe vor Ort anzubieten reicht aber nicht mehr aus. Die Fraktion setzt ein Zeichen, indem sie das Postulat annimmt und abschreibt.

**Alice Kropf** (SP) sagt zu Stadträtin Salzmann, dass Thunerinnen und Thuner eine besondere Verantwortung tragen, weil sich hier zwei Unternehmen befinden, die Waffen herstellen. In Thun hergestellte Waffen werden in Kriegen eingesetzt. Die geflüchteten Menschen aus den Kriegsgebieten sollen jedoch gemäss der SVP ferngehalten werden und es soll nicht mehr geleistet werden, als aufgrund der nationalen Asylpolitik mindestens gefordert wird. Wenn es um die Erhöhung des Budgets für Hilfe vor Ort geht, ist die SVP auf nationaler Ebene immer dagegen. Dies ist keine kohärente Politik. Sie stellt Antrag auf Annahme und Nicht-Abschreiben.

**Eveline Salzmann** (SVP) teilt Stadträtin Kropf mit, dass sie sich zum Waffenhandel nicht äussern wird. Sie empfiehlt ihr aber die Schriften zur Ethik in der Migration des Philosophen Julian Nida-Rümelin. Wie mit dem Einsatz von finanziellen Mitteln im Ausland umgegangen werden soll, ist Sache des Bundesparlamentes. Die Fraktion sieht aber das Bedürfnis von vielen Anwesenden, dass das Postulat nicht abgelehnt wird sondern angenommen wird unter gleichzeitiger Abschreibung. Die SVP widersetzt sich diesem Antrag nicht.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** findet es von Stadtrat Kestenholz eine stake Formulierung, wenn er sagt, dass Griechenland nicht fähig sei, mit der aktuellen Situation umzugehen. Er hat grosse Hochachtung von den Leistungen der betroffenen Staaten wie Griechenland und der Türkei und deren Bevölkerung. Er erinnert daran, dass der Tatbeweis in verschiedenen Geschäften erbracht worden ist, dass der Gemeinderat willens ist, Mittel und Infrastruktur bereitzustellen, um Not zu lindern. Der Verein Asyl Berner Oberland wäre zuständig, wenn sich der Bund für die Direktaufnahme entschliessen sollte. Dem verschliesst sich der Gemeinderat nicht. Auch hat er sich dazu bekennt, dass das freiwillige Angebot der Arbeitsintegration bestehen bleiben soll. Er empfindet es als problematisch, dass sich die Stadtratsmitglieder gegeneinander ausspielen. Die bestehende bewährte Struktur des schweizerischen Asylwesens soll beibehalten werden. Der Bund entscheidet über die Aufnahme von Migranten und diese werden dann auf die Stellen verteilt, mit welchen Verträge abgeschlossen worden sind. Hier gehört der Verein Asyl Berner Oberland dazu. Wenn der Bund die Mechanismen durchbrechen will und direkt Migranten aufnehmen will, so verschliesst sich der Gemeinderat dem nicht. Zu bedenken ist, dass ein gerechtes und fundiertes Asylwesen in der Schweiz besteht. Er bittet darum, das Postulat abzulehnen.

**Reto Kestenholz** (Grüne) weist darauf hin, dass es in den betroffenen Gebieten insbesondere in Griechenland sehr schwierig ist. Es ist aber Fakt, dass die Behörden masslos überfordert sind. Die Hilfe vor Ort hat nicht ausreichend funktioniert. Deshalb versteht er die Menschen nicht, wenn sie im Rahmen ihres Einflussbereiches nicht bereit sind, zu helfen. Das Engagement kann nicht an Zahlen gemessen werden, von den Menschen, die hier sind. Man muss es an der bestehenden Not werten. Den Personen, die helfen wollen, soll dies ermöglicht werden. Es würde Bürger\*innen freuen, wenn Flüchtlinge hier ankommen könnten. Es kann auch eine Hilfe sein, wenn nur eine Handvoll Leute aufgenommen werden könnte. Es löst das Problem natürlich nicht. Aber wenn man es auf einzelne hinunterbricht, hilft es. Man sollte sich in die Lage der Flüchtlinge versetzen.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt das Postulat mit 25 : 12 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich und schreibt es mit 23 : 15 Stimmen ab.

**121. Fragestunde F 21/2020 betreffend Smart City und Klimaschutz - Betrieb der Strassenbeleuchtungen**

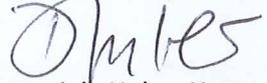
**Mark van Wijk, Hanspeter Aellig, Barbara Lehmann Rickli (alle FDP) vom 10. November 2020; Beantwortung**

Die Fragestunde F 21/2020 wird schriftlich beantwortet.

**Eingänge**

Es wurden nebst der Fragestunde F 21/2020 keine weiteren parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Die Stadtratspräsidentin



Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder